



<b>Dringlicher Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen</b>	<b>Vorlagen - Nr.:</b>	<b>VO/1022/2010</b>	<b>TOP</b>
	<b>Status:</b>	<b>öffentlich</b>	
	<b>Datum:</b>	<b>26.02.2010</b>	
	<b>Eingang:</b>	<b>25.02.2010</b>	
<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>			
<b>Beratende Gremien:</b>		<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>	

**Dringlichkeitsantrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr.  
Erhalt des Arbeitsgerichts am Standort Marburg**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**Der Magistrat soll sich bei der Landesregierung dafür einsetzen, dass das Arbeitsgericht in Marburg erhalten bleibt und die Arbeitsplätze am Gericht in Marburg angesiedelt bleiben.**

**Begründung:**

Nach neuesten Informationen plant die Landesregierung, mehrere Arbeitsgerichte in Hessen zu schließen. So soll unter anderem das Marburger Arbeitsgericht dem Arbeitsgericht Gießen zugeschlagen werden.

Eine Schließung des Marburger Arbeitsgerichtes würde für die Rechtssuchenden aufgrund der langen Anreise einen nicht hinnehmbaren Zustand bedeuten. Das Gericht ist momentan für Marburg, Biedenkopf, Frankenberg, Kirchhain und Schwalmstadt zuständig.

Die Arbeitsplätze in Marburg wären bei einer solchen Entscheidung gefährdet, da die Abziehung des Personals nach Gießen sowie Personalreduzierungen logische Folgen wären.

**Matthias Acker**

**Dietmar Göttling**